

Die „Grenzzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Straßenschild besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26a.

Die achtspaltigen Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 5.— M. einschließlich Ersetzungsdienst. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Leerungsgebühr. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. wirt. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Grenzzeitung

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Folgen der Leipziger Urteile

### Frankreich zieht seine Vertreter zurück

#### Aufrechterhaltung der Besetzung der Rheinhäfen

Paris, 8. Juli.

„Matin“ meldet, in Verfolg der Freisprechung des Generals Etenger ist die französische Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung bei den Verhandlungen vor dem Leipziger Reichsgericht nunmehr nicht nur unnütz, sondern auch lächerlich geworden sei. Infolge dessen hat Briand gestern abend den französischen Vertretern die telegraphische Anweisung erteilt, unverzüglich nach Paris zurückzukehren. Er hat ebenso bei der englischen und belgischen Regierung die Anregung gegeben, in Zukunft wie Frankreich darauf zu verzichten, Rechtsvertreter nach Leipzig zu entsenden.

Paris, 8. Juli.

„Petit Parisien“ beschäftigt sich mit den Urteilen des Reichsgerichts in Leipzig und sagt, die französische Regierung werde zweifelsohne sofort bei ihren Alliierten und auch bei der deutschen Regierung gegen die Urteile protestieren und ein juristisches Verfahren aufhalten, das die englische Presse mit Recht als eine Phrase bezeichnet. Aber es gebe noch eine zweite Konsequenz, welche die Sanktionen betreffe. Man habe den guten Willen der Regierung Birchs anerkannt, die ihre Verpflichtungen zu erfüllen gedenke, man habe auch erklärt, daß es recht und schicklich sei, die wirtschaftlichen Sanktionen, die die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands erschweren, in naher Zukunft aufzuheben. Es gebe aber eine Sanktion, die der deutschen Tätigkeit keinen Schaden zufüge, daß sei die Besetzung der drei Häfen Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Nach dem, was sich in Leipzig abgespielt habe, werde es, da die Frage der Kriegesbeschuldigten noch immer ungelöst bleibe, schwierig sein, den Zeitpunkt abzusehen, an dem die drei Rheinhäfen ge-

räumt werden. Frankreich dürfe nicht darauf verzichten, wirtschaftlich mit Deutschland zusammenzuarbeiten, aber es dürfe auch auf keine einzige seiner Sicherheiten verzichten.

Es zeigt sich also, wie recht wir hatten, als wir schon in der Morgenausgabe die außenpolitischen Wirkungen der Leipziger Urteile darstellten. Es kann sich für die Franzosen nicht darum handeln, daß einige Offiziere mit schweren Strafen belegt werden. In Frankreich besteht der Eindruck, daß Leipzig ein Merkmal dafür ist, daß die reaktionäre militaristische Clique in Deutschland immer noch herrscht und das politische Denken der deutschen Öffentlichkeit in starkem Maße beeinflusst. Leipzig wird als ein Symptom gewertet. Das ist es, was die in den Meldungen angedeuteten Schritte der französischen Regierung veranlaßt. Es hilft auch nichts, wenn wir Klage darüber erheben, daß ähnliche Greuelstaten, wie sie in Leipzig aufgedeckt worden sind, während des Krieges auch in den Armeen der Alliierten vorgekommen sind. Das ist gewiß richtig, geht uns aber in diesem Zusammenhange gar nichts an. Wir selbst müssen dafür sorgen, daß diese Justiz und diese Rechtsauffassung, die aller menschlichen Gesinnung ins Gesicht schlägt und durchaus die Gesinnung der reaktionären nationalistischen Kreise in Deutschland ist, ihrer Macht entleidet wird. Wäre das in Deutschland schon geschehen, dann würden wir die Kriegsverbrecherprozesse vielleicht gar nicht erleben. Auch wir müssen Leipzig als ein Symptom ansehen, als ein gefährliches Symptom, und alles daran setzen, daß die dort zum Ausdruck kommende Gesinnung in Deutschland nicht mehr länger ihren verheerenden Einfluß ausübt. Die Ludendorff-Hindenburg-Clique, deren Wille in Leipzig triumphiert, ist eben nicht imstande, den Friedensvertrag zu erfüllen, auch nicht seine auf die Bestrafung der Kriegsverbrecher bezüglichen Forderungen.

## Die sächsischen Rechtssozialisten und die Einigungsfrage

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Der Freistaat Sachsen ist wohl heute noch der Bundesstaat der stärksten sozialistischen Bewegung in der deutschen Republik. Dabei hat die Sozialdemokratie beider Richtungen stets die unbestrittene Oberhand über den Kommunismus behaupten können — auch nach der Abspaltung der Neukommunisten hat die kommunistische Partei nur vorübergehend eine stärkere Position gewinnen können, die sie heute schon zum großen Teil wieder eingebüßt hat. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, von denen die rechtssozialistische im Landtag erheblich stärker vertreten ist, dürften sich in der Zahl ihrer organisierten Anhänger heute ungefähr die Waage halten. Auf der Leipziger Landeskonferenz der Rechtssozialisten wurden 100 149 Mitglieder angegeben, während die U. S. P. lediglich 90 513 zählte.

Den Umstand, daß die Mehrheit der sozialistischen Regierung im Landtag sehr klein und unsicher ist, haben verschiedene rechtssozialistische Führer seither bitter empfunden. Sie hätten lieber ein Zusammengehen mit den Demokraten und den Deutschen Volksparteiern gewünscht — die zusammengeschlossenen Demokraten hätten allein zur Bildung einer Mehrheit nicht genügt. Bei der Regierungsbildung ist aber die Chemnitzer Richtung durchgedrungen, die unbedingt das Zusammengehen mit der U. S. P. forderte. Es hat freilich starken Druck bedurft, um die zur Koalition mit den Bürgerlichen drängenden Kräfte zurückzuschlagen. Inbes hat die Dresdner Richtung deswegen ihr Streben, den Anschluß nach rechts zu finden, keinen Tag aufgegeben.

Wie wenig aber diese ständige Ministerarbeit in der rechtssozialistischen Mitgliedschaft gewirkt hat, zeigt nun der Verlauf der Leipziger Tagung der Rechtssozialisten. Er ist ein Triumph der Chemnitzer Richtung, die sich vor Jahresfrist auf der Landeskonferenz in Weissen noch durchaus keine Geltung verschaffen konnte. Wir haben es hier mit dem Ergebnis einer aus den Arbeitermassen kommenden Strömung zu tun. Die bedrohliche wirtschaftliche Lage, das Fortschreiten der Reaktion, ihr immer frecher werdendes Auftreten, die bösen Zukunftsaussichten, die sich für die zersplitterte Arbeiterschaft ergeben, haben den Massen die Augen geöffnet, und so haben selbst diejenigen rechtsstehenden Führer, die sich nach der „breiteren Grundlage“ sehnen, nicht mit voller Kraft gegen die Einigungsresolution zu kämpfen gewagt; daß die Dresdner Strömung aber durchaus noch nicht tot ist und bei passender Gelegenheit ihre Arbeit wieder aufnehmen wird, geht aus den Reden ihrer Vertreter deutlich hervor. Daß die U. S. P. ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien in einer Regierung ablehnt, war überhaupt für verschiedene Redner auf der Tagung das Bedenklichste an ihr. Die Voraussetzung für die Einigung ist ihnen, daß die U. S. P. in dieser Hinsicht „Realpolitik“ lerne. Andere stellten als Vorbedingung, daß unsere Partei das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats abschwöre.

Die Argumente dieser Redner hatten indes auf der Tagung wenig Erfolg. Minister Feilich, der Vertreter der Chemnitzer Richtung, fand am Schluß seiner Rede, in der er nachwies, daß die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, die durch die Erhöhung des Brotpreises bis zu 80 Prozent charakterisiert werde, und die daraus entstehenden Lohnkämpfe zum Zusammenschluß der sozialistischen Parteien führen müßten, den starken Beifall der großen Mehrheit der Landeskonferenz. Es ist nicht von ungefähr, daß schließlich die Resolution für die Anbahnung der Einigung durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften im Landtag und in den Gemeindevertretungen einstimmig angenommen wurde.

Das ist ein Zeichen der Zeit, das unsere Partei nicht außer acht lassen darf. Um so mehr, als auch bei dem andern wichtigen Punkt der Tagesordnung, der Gemeindeverfassungsreform, die bremsende Dresdner Richtung eine deutliche Niederlage erlitt. Falsch wäre es natürlich, darüber die großen Schwierigkeiten zu vergessen, die einer Einigung, ja, auch nur der Vorarbeit dazu, noch im Wege stehen. Die rechtssozialistischen Führer, die immer noch den Gedanken einer Koalition mit den Bürgerlichen nicht aufgeben mögen, würden sich ja schließlich wohl dem energisch kundgegebenen Willen der Massen zu fügen wissen. Aber sie werden, so lange sie noch an die Möglichkeit glauben, bis zuletzt die Mittel des Organisations- und Presseapparates spielen lassen, um die Entwicklung wieder in ihrem Sinne zu beeinflussen, und wir dürfen uns auch darüber keinen Täuschungen hingeben, daß die Vertreter der Chemnitzer Richtung zumeist auch bislang nur einen allgemeinen gefalteten Wunsch nach Einigung, aber noch kein Programm aufzuweisen haben, das eine Annäherung der Anschauungen zeigt. Gewiß ist der Drang nach der Einigung in der Arbeiterschaft sichtlich im Erstarren begriffen, aber dieser Drang ist noch dunkel und gibt sich über die Mittel und Möglichkeiten noch wenig Rechenschaft.

Die Aufgabe der U. S. P. muß es sein, diesen dunklen Drang in die rechten Wege zu leiten und dafür zu sorgen, daß die Sache des Sozialismus nicht durch unbedachte Ueber-eilungen Schaden erleide. Es könnte der Frage der Ein-

## Der Gutsarbeiterstreik

### Der Magistrat vor der Entscheidung

Vom Oberbürgermeister Boch ist zu heute vormittag 11 Uhr eine Magistratsitzung einberufen worden, um zu dem von den sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftskommission gestellten Vermittlungsvorschlag Stellung zu nehmen. Die Beratungen sind gegenwärtig noch im Gange, es besteht jedoch die Hoffnung, daß der Magistrat eintreten und der Sympathiestreik der städtischen Angestellten und Arbeiter dadurch vermieden wird.

## Demokratische Scharfmacher

### Zum Konflikt mit den städtischen Arbeitern

Der Konflikt zwischen dem Magistrat und den städtischen Arbeitern befindet sich auf dem Wege einer friedlichen Lösung. Man sollte meinen, daß die Möglichkeit, den Sympathiestreik der städtischen Arbeiter und Angestellten zu vermeiden, insbesondere von den bürgerlichen Parteien begrüßt würde, die ja sonst nicht genug zeteren können über die verhängnisvollen Wirkungen eine allgemeinen Streiks der städtischen Arbeiter und Angestellten. Man kann jedoch auch jetzt wieder die Beobachtung machen, daß gerade an dem Demokraten diese friedliche Lösung des Konflikts am unangenehmsten ist. Kein Blatt heßt so sehr gegen die Verständigung, wie das „Berliner Tageblatt“. Ganz offen arbeitet es darauf hin, den Magistrat gegen die Verständigung aufzuputschen. Damit zeigen sich die Demokraten wiederum als das, was sie wirklich sind, als die schärfsten Scharfmacher, die den Konkurrenzkampf mit den Deutschnationalen ruhig aufnehmen können. Die Quittung dafür werden diese Einerseits-Andererseits-Männer aber deswegen schon noch erhalten.

## Die irisch-englischen Verhandlungen

EE. London, 8. Juli.

Heute wird voraussichtlich in Dublin die erste Phase der irischen Verhandlungen geschlossen werden. Lord Millner wird De Valera die Anschauungen der englischen Regierung und des Kabinetts von Ulster übermitteln. Die heutige Sitzung wird sich in erster Linie mit dem Projekt beschäftigen, das die englische Regierung bezüglich des in Aussicht genommenen Gottesfriedens ausgearbeitet hat. Dieses wurde, wie versichert wird, von De Valera selbst angeregt. Obwohl die Frage noch nicht geklärt, ob De Valera an der Londoner Konferenz teilnehmen werde, ist man doch optimistisch gestimmt, wenngleich man sich nicht die Schwierigkeiten verheißt, die sich der Schaffung eines Statuts für Irland entgegenstellen.

## Der Friede mit Amerika

### Die Änderungen am Versailler Vertrage

EE. Washington, 8. Juli.

Die von Hughes geplanten Änderungen des Versailler Vertrages, um diesem die Form zu geben, in der er dem amerikanischen Senat vorgelegt werden soll, werden dieses Dokument so verändern, daß es keine Verfasserschaft wiedererkennen werden. Staatssekretär Hughes ist der Ansicht, daß, nach Vornahme der von ihm geplanten Änderungen, der Senat gegen den Vertrag keine Einwendungen mehr machen wird. Der ganze erste Abschnitt des Vertrages, in dem vom Völkerbund die Rede ist, kommt in Fortfall. Uebertall, wo im weiteren Text des Vertrages das Wort „Völkerbund“ erscheint, wird es durch die Worte „alliierten und assoziierten Mächte“ ersetzt. Wenn vom Rat des Völkerbundes gesprochen wird, erscheinen im Text die Worte „die wichtigsten alliierten und assoziierten Mächte“.

Die Abschnitte 2 und 3, worin von den neuen Grenzen Deutschlands und den politischen Bestimmungen für Europa gesprochen wird, fallen gleichfalls fort, und erst vom vierten Abschnitt an erscheint der Text des Vertrages in der von Hughes vorgeschlagenen Form. In diesem Teile werden, wie man erwartet, von Hughes gewisse Vorbehalte gemacht bezüglich der Anerkennung der Souveränität Frankreichs in Marokko und der Souveränität Englands in Ägypten. Die sich auf Schantung beziehenden Artikel 156—158 sind von Hughes gestrichen worden. Abschnitt 5 und ein Teil des Abschnittes 6 sind gleichfalls entfernt worden. Abschnitt 7 jedoch, in dem die Bestrafung des Kaisers und der Kriegsschuldigen verlangt wird, bleibt bestehen.

Die Artikel 8—10, die sich auf die Reparationsfrage beziehen, sind praktisch unverändert geblieben. Sie sehen eine Verletzung Amerikas in der Reparationskommission vor und eine weitgehendste Teilnahme Amerikas an den Bestimmungen, die sich auf deutsche Schiffe, Farbstoffe und andere Materialien beziehen. Hauptächlich wegen dieser drei Abschnitte weist Hughes darauf hin, daß der Vertrag in dieser Form ratifiziert werden müsse, weil sie den Alliierten ein Pfandrecht auf alle deutschen Einnahmequellen sicherstellen und der Abschluß eines neuen Vertrages unmöglich wäre, da erst die Reparationskommission ihre Zustimmung erteilen müße, die ja diese deutschen Pfänder in der Hand habe.

Abschnitte 11 und 12 bleiben aufrecht erhalten mit gewissen Änderungen, aus denen hervorgeht, daß Amerika sich allen europäischen Streitigkeiten fernhalten wolle. Abschnitt 13, der sich auf die Organisation der Arbeit bezieht, wird von Hughes gestrichen. Abschnitte 14 und 15 werden mit gewissen Änderungen hinsichtlich der Schweizer Grenze verlesen. Hier der Abschnitte des Versailler Vertrages sind somit völlig gestrichen worden, und nur die sollen bestehen bleiben, von denen Staatssekretär Hughes annimmt, daß die Vereinigten Staaten daran ein berechtigtes Interesse haben. Jedenfalls will Hughes alles aus dem Vertrage ausmerzen, was Amerika irgendwie in europäische Angelegenheiten hineinziehen könnte.



gung nichts Schlimmeres geschehen, als daß die Reise dafür nicht abgewartet, sondern gewaltsam herbeizuführen versucht würde. Es käme eine Zwangsbewegung heraus, in der beide Teile sich gegenseitig aufreiden würden. Solange in wichtigen grundlegenden Fragen noch keine Übereinstimmung zu erzielen ist, kann eine völlige organisatorische Wiedervereinigung nur als später zu erreichendes Ziel aufgestellt werden. Aber alles, was zu diesem Ziel führen kann, das sollen und müssen wir tun, und alle Hindernisse, die wir unbeschadet unserer Grundzüge der Bewegung zu diesem Ziele aus dem Weg räumen können, müssen wir beseitigen. Deshalb werden wir auch die Forderung der Rechtssozialisten nach parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften ernstlich prüfen müssen, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß die am nächsten Sonntag zusammentretende Landeskongress der U. S. P. Sachsens, die auch in Leipzig tagen wird, sich für den Versuch unter gewissen Bedingungen erklären wird. Es muß unsere Aufgabe sein, die Bewegung in der rechtssozialistischen Partei, die auf der rechtssozialistischen Tagung in Leipzig festgesetzt hat, zu stärken gegen die bremsenden Kräfte, um so der offenbar kommenden Einigung vorzuarbeiten. Wir dürfen Verlauf und Ergebnis der rechtssozialistischen Landeskongress als ein verheißendes Zeichen für die weitere Entwicklung der sächsischen wie der allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung begrüßen.

## Kommunisten und Erwerbslose

Die „Rote Fahne“ legt die Taktik fort, die dem kommunistischen Abgeordneten Blettner am Donnerstag im Reichstage zu einem kläglichen Reinfall verhoffen hat. Nicht um die Kommunisten zu belehren oder sie von dieser Taktik der Verleumdung abzubringen, sondern nur um Klarheit zu schaffen, wollen wir deshalb folgendes noch einmal feststellen:

Die beiden sozialistischen Parteien, U. S. P. D. und S. P. D., begannen die Aktion zugunsten der Erwerbslosen. Erst als ihre Anträge eingebracht waren, kamen auch die Kommunisten hinterher. Die bürgerlichen Parteien waren anfänglich zu feinen Zugeständnissen bereit, ebenso wenig die Regierung. Bei dem Kampf gegen sie standen Unabhängige und Rechtssozialisten allein. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an den Beratungen, und als sie schließlich auf das Drängen der Unabhängigen im Ausschuss erschienen, da waren sie schweigend. Nicht mit einem Wort sind sie für ihre Anträge eingetreten. Manche Verschlechterung der Forderungen der beiden sozialistischen Parteien aber ist nur dadurch möglich gewesen, weil die Kommunisten fehlten.

Hätten die Unabhängigen genau so gehandelt, wie die Kommunisten, so wäre überhaupt kein Erfolg für die Erwerbslosen zu erzielen gewesen. Jetzt ist aber erreicht worden, daß die auf die produktive Erwerbslosenfürsorge sich beziehenden Forderungen des A. D. G. B. zum großen Teil anerkannt worden sind und daß auch eine Erhöhung der geistlichen Unterstützung der Erwerbslosen, gegen die sich die bürgerlichen Parteien am schärfsten gewandt haben, vom 1. August ab eintritt wird. Alle diese, wenn auch ungenügenden Zugeständnisse verschweigen die Kommunisten, denn alles ist durchgeführt worden gegen sie. So sieht die Wahrnehmung der Interessen der Erwerbslosen durch die Kommunisten in Wirklichkeit aus!

## Die Rattenfänger von Halle

In Halle tagte am vergangenen Sonntag eine Bezirkskonferenz der U. S. P. D. für den Bezirk Halle-Merseburg. Sie hatte die Aufgabe, die Periode der Erörterungen über die zurückliegende Aktion abzuschließen und den organisatorischen Neuaufbau der Partei zu beginnen. Schumann sagte dabei, daß die wichtigste Lehre der Aktion die Erkenntnis sei, daß die Parteidisziplin nicht streng genug war. Dann beleuchtete Schumann die Rolle des Mansfelder Proletariats und sagte darüber:

„Ein anderer Mangel der Märzaktion lag in der fehlenden Schulung der Mansfelder Arbeiter, die in ihrer großen Mehrzahl erst 1919 aus den reaktionären Knappschaffvereinen zur U. S. P. D. und von dort zur U. S. P. D.“

## Arbeiter-Büchertisch

(Der Arbeiter-Büchertisch erscheint jeden zweiten Freitag)

### Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule

Unter dem Titel „Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule“ ist im Verlag der Buchhandlung Freiheit! Joeben eine Schrift von Wilhelm Lammas und Adolf Jensen erschienen, die zweite Auflage des vergriffenen Werkes, das vor 3 Jahren unter dem Titel „Die Wüste in Rot“ verbreitet war. Einer der beiden Verfasser, Genosse Adolf Jensen, sendet uns dazu die folgende Geldanzeige:

Seit dem Jahre 1913, als die erste Auflage dieses Buches erschien, sind acht Jahre verfloßen. Eine Welt ging inzwischen in Trümmer, und aus Schutt und Staub, aus Blut und Verzweiflung will ein neues Leben werden. Unsere praktischen Vorschläge, die wir damals zur literarischen Genesung unseres Volkes zu geben hatten, haben diese acht Jahre überdauert; ja, sie sind dringender denn je, weil durch die Revolution eine ganz neue Situation im Schulleben geschaffen worden ist. Die kollegiale Schulleitung und die Elternbeiträge gewinnen mehr und mehr Boden, und in der Lehrerschaft ist eine heftige Bewegung entstanden, weil sie aus dem Dämmerzustand reaktionären Denkens und aus der Abhängigkeit vom kirchlichen Dogma aufgeschreckt ist und nun vor der Wahl steht, ob sie sich der modernen Weltanschauung und einer neuen Lebensgestaltung verschließen oder ihr Vorkämpfer werden will.

Diese neuartige schulpolitische Situation drängt unser Schulleben endlich auf einen Punkt der höchsten Unruhe. Alle Entwicklung aber, die so große Massen zur Entscheidung drängt, ist ein hoffnungsvoller Anfang. Dieser Anfang wird naturgemäß unseren proletarischen Genossen dadurch besonders erschwert, weil sie sich von dem Heiligenschein einer „pädagogischen Ueberzeugung“ der Fachleute blenden lassen. Die Arbeitereltern können schließlich im besten Falle den Lehrern immer nur sagen, es sei doch nicht zu leugnen, daß die Schule bis 1914 mit einem Kinderertrage abgeschlossen habe. Für eine so schwere Anklage aber werden die Laien in den meisten Fällen den sachlichen Beweis kaum antreten können; sie werden allzu häufig unterliegen vor geschickelt formulierten Einwänden, denen sie nicht gleich zu begegnen wissen.

Diese Kollage der Eltern verstehen die Gegner der zukünftigen Schule auf ihre Weise auszunutzen, und der Augenbild, da der Wille der Elternschaft als eine schulbestimmende Gewalt anerkannt wird, wird dadurch immer wieder hinausgeschoben. Deshalb ist es so dringend nötig, daß alle Eltern, die über die Probleme der Erziehung und des Unterrichts anfangen tiefer nachzudenken, eine anschauliche Vorstellung von der neuen Schule zu gewinnen versuchen.

lamen. Wir mußten, daß ein Streit, der sich nicht über ganz Deutschland ausbreitete, eine Niederlage bringen würde.“

Als wir kurz nach Abschluß der Märzaktion die mangelhafte Schulung des Mansfelder Proletariats für den eigenartigen Verlauf des mitteldeutschen Kampfes verantwortlich machten, wurden wir von der „Roten Fahne“ wegen dieser Stellungnahme als „Schmierfinken“, „menschenwürdige Subelkose“ usw. bezeichnet. Das kommunistische Blatt in Halle ging noch weiter, es nannte den Verfasser des Artikels „Dreckschle“, „Angeier“ und „Leichenschledder“. Heute sind die Kommunisten auch in diesem Punkte gezwungen, sich die Gedankenengänge der U. S. P. anzueignen, wobei sie wieder einmal bekunden, daß sie in jedem Falle die Situation verkennen oder sie erst dann richtig beurteilen, wenn andere schon längst darüber hinaus sind.

Die Konferenz nahm schließlich noch eine Resolution an, in der das Verhalten Düwells, der sich im Reichstag mit Levi solidarisch erklärt hat, verurteilt wird. Alle Maßnahmen der Zentrale gegen den Genossen Düwell werden schon heute gebilligt. Das heißt konkret, Düwell wird aus der Partei hinausfliegen. Riffan droht das gleiche Schicksal.

## Auf Vogels Spuren

Wie die „Rote Fahne“ berichtet, sollte sich gestern vormittag der Kriminalwachmeister Albert Jannide, der den Kommunisten Wilhelm Spitt erschossen hat, vor der 34. Zivilkammer des Landgerichts I wegen eines Beiliegungs auf seine Frau verantworten. Albert Jannide, der ordnungsgemäß geladen war, sei zur größten Ueberraschung des Gerichts in diesem Termin nicht erschienen. Die „Rote Fahne“ fügt hinzu, Jannide trage sich mit der Absicht, zu fliehen; er beabsichtige die belgische Grenze zu überschreiten.

Wenn die Nachricht der „Roten Fahne“ den Tatsachen entspricht, dann verlangen wir von den Behörden auf dem schnellsten Wege restlose Aufklärung. Gegen Jannide ist wiederholt der Vorwurf erhoben worden, daß er für die Erschießung Spitts von privater Seite eine größere Belohnung erhalten habe. Wenn Jannide jetzt geflohen ist, dann würde damit der Beweis erbracht sein, daß Spitt tatsächlich auf höhere Anweisung ermordet worden ist und daß die Hintermänner dieser Tat sich vor einer Aufklärung durch die Gerichte fürchten.

## Reife Aussichten

### Zum Thema Schlichtungsordnung

Manche Freunde des zweiten Entwurfs der Schlichtungsordnung erblicken eine Verbesserung gegenüber dem ersten Entwurf darin, daß die hahnhebenden Strafordrohungen gegen Streikbrecher, die den ersten Entwurf auszeichneten, im zweiten Entwurf nicht mehr enthalten sind. Der § 55 verbietet zwar jeden Streik, wenn nicht eine Verhandlung vor einem Einigungsamt und eine Entschädigung des Einigungsamtes sowie eine Abstimmung der Arbeiter vorausgegangen sind und zwischen Einigungsamt und Streikbeginn eine Frist von 3 Tagen verstrichen ist. Aber er verschweigt, was denen geschehen soll, die gegen dieses Verbot verstoßen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dieses Schweigen nicht bedeutet, daß die Verletzung des § 55 als straflos gilt. Jede Verletzung eines Gesetzes ist nach dem bürgerlichen Recht und dem Strafrecht strafbar, also auch eine Verletzung des § 55 der Schlichtungsordnung. Und wie diese Bestrafungen etwa aussehen werden, zeigt ein verwandter Vorgang, über den die „Soziale Praxis“ berichtet. Das Blatt schreibt:

„Zur Schadenersatzpflicht des Arbeiterrats fällt das Landgericht Dresden gegen den Arbeiterrat einer Firma ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmessers unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmesser verklagte die Firma und erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 Mark. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 BGB. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Verlangen des Ar-

beiterrats, den Werkmesser sofort zu entlassen, widrigenfalls ein Streik einzusetzen werde, erliefte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten. Der gerichtlich festgestellte Schaden muß von dem Arbeiterrat ersetzt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche, unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 826, Abs. 1, des BGB. handelt.“

Die Anklage und die Bestrafung erfolgte auch hier nicht auf Grund der Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes, sondern durch Anwendung des bürgerlichen Gesetzbuches. Die Formel, die sich auch auf Berg gehen gegen den § 55 der Schlichtungsordnung bequem anwenden läßt, ist also schon gefunden. Sie heißt: gemeinschaftliche unerlaubte Handlung. Gemeinshaftlich sowie ihre Führer und Angestellten können sich also auf vielerlei gefaßt machen, falls diese Schlichtungsordnung Gesetz werden sollte, denn wir halten es für ganz unmöglich, daß die Bestimmungen des § 55 in jedem Falle gewahrt werden können, wenn nicht die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften unerschütterlich eingeschränkt werden soll. Die „Soziale Praxis“ hat ganz recht, wenn sie das Urteil als ein solches von grundsätzlicher Bedeutung bezeichnet. Reife Aussichten!

Aber was gedenkt die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu tun, um dieses Urteil abzuwehren?

## Das Kabinett Bonomi

### Der „Avanti“ zur Regierungskrise

Wie wir schon ausgeführt haben, hat das Kabinett Bonomi nur den Charakter eines Uebergangskabinetts, das früher oder später zu einem neuen Kabinett Giolitti hinüberleitet. Ein Artikel des „Avanti“, der die Schwierigkeiten des neuen Kabinetts bespricht, befragt dies und zeigt zugleich die dunklen im Hintergrunde arbeitenden Kräfte auf.

„Diese Schwierigkeiten zur Lösung der Krise“, so schreibt das Blatt, „können nicht übersehen werden. Würde es sich um das freie Spiel von Tendenzen und Parteien handeln, um der einen oder der anderen die Macht zu sichern, so würde man zweifellos zu einer Lösung kommen. Aber die Krise ist auf eine bewegliche und schlüpfrige Plattform verschoben worden und von dunklen Kräften beherrscht, die eine Lösung unabhängig von der parlamentarischen Situation und den Notwendigkeiten des Landes wollen.“

Diese dunklen Kräfte sind jene, die sich um Giolitti sammeln und auf das „verehrte Haupt“ dahin wirken wollen, daß es jetzt schon wiederkehre. Die dunklen Kräfte sind Giolitti selbst, der im November zurücktreten will und auf die Einschaltung eines bedeutungslosen Sommerkabinetts hinarbeitet, das man im gegebenen Moment verdrängen kann.

De Nicola ist schon vor seinem Ersten von dem alten Präsidenten niedergeschlagen worden, weil er nicht bereit war, Giolitti gefällig zu sein. Bonomi indessen — und darüber wundern sich niemand — hat alle Absicht, Giolitti diesen Dienst zu erweisen. Er hat sich daher geduldig an die Arbeit begeben.“

Der „Avanti“ weist dann weiter darauf hin, daß die eigenen Anhänger Giolittis mit dieser Lösung nicht zufrieden sind. Sie wollen am liebsten Giolitti selbst als Ministerpräsidenten und glauben, auf seine Dienste nicht verzichten zu können. „Der arme Bonomi ist daher in einer wenig erfreulichen Lage. Der Meister will ihn, aber die ausführenden Organe des Meisters lehnen ihn ab. Sie führen seine Anweisungen nicht aus. Die Giolitti-Abgeordneten und -Senatoren verhalten sich genau wie die Präzedenz des Landes. Es tritt daher der merkwürdige Fall ein, daß während Bonomi erklärt, ein Ministerium der linken Konstitutionellen bilden zu wollen, gerade diese Linke die Grundlage hierfür unterminiert.“

Ueber die Stellung der Sozialisten zum Kabinett Bonomi führt der „Avanti“ aus: „Die sozialistische Parlamentariergruppe hat seit drei Tagen beschlossen, unabhängig von den Personen, nicht von vornherein dem Versuch, aufrichtig und dauernd eine der Politik der Gewalt gegen das Proletariat entgegengelegte Politik zu verfolgen, Hindernisse zu bereiten. An diesem Beschluß hält sie unter Wahrung aller Aktionsfreiheit fest. Bei diesen Versuch nicht will oder nicht unternehmen kann, weiß schon, daß er ohne Rücksicht bekämpft werden wird.“

Wirth und Dominicus in Schlesien. Der Reichskanzler Dr. Wirth und der preussische Minister des Innern, Dominicus, haben sich gestern zu mehrtägigem Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen ober-schlesischen und schlesischen Stellen persönlich Fühlung zu nehmen. Der Reichskanzler wird heute abend in der Jahrhunderthalle in Breslau eine Rede halten, in der er die abschließliche Frage im besonderen erörtern wird.

Unsere Eltern stehen miteinander in jenem Zustande des Erwachens, da das proletarische Bewußtsein zu einer neuartigen Schulform, zu seinem Schultypus kommen will. Noch ist dieses Bewußtsein leimhaft. Aber das ist eben der große Anfang, daß unsere Genossen ringum im ganzen Lande den Willen haben, die aufsteigenden Schulgedanken in sich und unter sich zu verarbeiten.

Aber noch eins: Alle einzelnen Gedanken bewegen sich noch in dem Kreis der Vorstellungen über die Schule, wie sie heute ist. Das ist verhängnisvoll. Wir, die wir eine zukünftige proletarische Kulturperiode vorbereiten helfen wollen, müssen erst mal diese Vorstellungen vom Schulleben anzweifeln und zerstören. Was unsere Väter und Mütter über die Schule denken, haben sie aus ihrer Jugend- und Schulzeit mitgebracht. Ohne diese Vorstellungen von Schulbank und Lesebuch, von Griffel und Stod, von Wandkarte und Stundenplan, von Zeichenfaß und Schularbeiten, von Fragen und Antworten, von Strafarbeiten und Nachfragen, von Rechenbuch und Kinderreimen — ohne diese ganzen trostlosen Erscheinungen einer aus kapitalistischen und autoritären Geistes geborenen Gedankenwelt vermögen selbst viele Fachleute kaum über die Fragen der künftigen Schulgestaltung nachzudenken.

Unser Buch hier will nicht bloß mit dem Wilde der alten Schule gründlich aufräumen; vielmehr versucht es auch aufzubauen und weist damit den Will in eine Schule der Schaffensfreude, die einmal die frohe Lebensstätte der Jugend sein wird. So hat es auch unser Oberstadtschulrat Wilhelm Paulsen in seinem Aufruf ausgeprochen: „Die neue Schule ist nichts Fertiges, kann auch nicht von Behörden und Gesetzgebung verordnet werden. Sie muß eine Tat der Volksherrschaft selbst sein, der Eltern, Lehrer und Schüler. Staat und Stadt können ihr nur die Voraussetzungen ihres Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten geben. Aus innerer Notwendigkeit heraus wird sie dann entstehen und alle freudigen und reinen Kräfte unserer Jugend sich entfalten lassen. Von unten her wird ein Kraftstrom verjüngend in das große, weite Leben der Gesellschaft münden.“

Wer diesen hohen Gedanken zustimmt, muß wissen, daß die neue Schule nicht mehr die Bildungsorganisation einer städtischen und staatlichen Schulbureaucratie sein wird, sondern daß sie aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorzunehmen muß. In diesem neuen Bunde werden wir Lehrer nicht mehr Selbstherrscher, Tyrannen, Machthaber, Kommandeure und Autorität sein, sondern freudige Mitarbeiter, dienende Menschen und Organisatoren des Schulwillens einer jeden Schulgemeinde. Die Frage nach dem inneren Ausbau der Schule, der wir in diesem Buche nähergetreten sind, sollte so lebendig ergriffen werden, daß allmählich unser ganzes Volk wieder eine neue pädagogische Ueberzeugung gewinnen kann. Je mehr wir unsere

Reihen mit solchen pädagogischen Grundanschauungen erfüllen, desto mehr wird auch das Proletariat getragen sein von dem ungeheuer wichtigen kulturpolitischen Gedanken der zukunfts-schwangeren Gegenwart.

Berlin

Adolf Jensen

## Mehrarbeit und Mehrwert

Die Klassiker der bürgerlichen Nationalökonomie haben vor dem Walle des kapitalistischen Produktionsprozesses wie vor einem Wunder gestanden. Hier ist die wahre menschliche Freiheit hergestellt, im Tempel der kapitalistischen Wirtschaft kann jeder zum Hohenpriester werden, der nur den Willen dazu hat. So subelten sie, und die liberale Doktrin ergänzte diesen Eingang durch die moralische Predigt an die Arbeiter: seid nur fleißig, dann steht euch der Weg zu den höchsten Stufen der kapitalistischen Herrscherwelt offen. Es ist die gewaltige Leistung von Karl Marx, daß er dem Proletariat gezeigt hat, wie es um das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise bestellt ist. Er hat die Wege aufgedeckt, die das Arbeitsprodukt einschlägt, wenn es die Hand des Arbeiters verläßt. Mehrarbeit und Mehrwert sind die wichtigsten Tatsachen der kapitalistischen Produktion. Sie machen das Arbeitsprodukt zur Ware, die sich in der Hand des Besitzers der Produktionsmittel in Geld wandelt und ihm Gelegenheit gibt, ungeheure Reichtümer anzuhäufen und zu verbrauchen, Häuser und Werkstätten zu bauen, Besitztümer zu erraffen und Banken einzurichten, um immer wieder neuen Mehrwert zu erzeugen, immer mehr neues Kapital anzuhäufen.

In einer ausgezeichneten kleinen Schrift, „Mehrarbeit und Mehrwert“, die jetzt in einer zweiten Auflage im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist (Preis 1.20 M.), hat Karl Kautsky die Mehrwerttheorien von Karl Marx so dargestellt, daß sie auch der wenig geschulte Leser leicht fassen kann. Er zeigt, wie der „Gehö Geld“ auf dem Markte steht, „unbegreiflich und geheimnisvoll für jeden, der nicht sehr, sehr scharf zuseht“. Und dieser Gehö macht alles geheimnisvoll, auch die Mehrarbeit. Wenn der Arbeiter nur für sich schaffen und das Produkt seiner Hände behalten würde, so wäre der Arbeitsprozeß auch für ihn durchsichtig genug, er würde jede Mehrarbeit für einen anderen als ungerecht empfinden. Aber da kam die Arbeitsteilung, und die machte die Sache für den Arbeiter sofort unfassbar. „Mein Arbeitsprodukt ist wie ein Schiff: meine Hände haben es mit kostbarem Wert besaßen, meine Hände, meinen Schweiß, mein Herzklopfen birgt es in seinen Wänden. Nun übergebe ich es dem treulosen Kapitän, der fährt es fort auf ferne Meere, auf den Weltmarkt. Dann kommt es heim und ist leer. Hat der Kapitän oder haben es Seeräuber geplündert? — Ja aber lade unverdrossen von neuem Tag für Tag. Jeden Feiertagabend läuft es schwer beladen aus, jeden Morgen steht es wieder leer da, auf daß ich es wieder fülle; wie geht das zu? Darauf wüthten die Menschen nun lange keine Antwort mehr.“ Erst Karl Marx fand diese Antwort. Unser Arbeitsprodukt ist Geld geworden in



# Die Weltkohlenproduktion

Die Förderziffer in den Kohlengebieten der Welt hat im Jahre 1920 die Höhe von 1913 wieder nahezu erreicht. Im Kriege war die Förderung in Europa allgemein gesunken, und nach Waffenstillstand und Friedensschluss trat ein weiterer erheblicher Rückschlag ein, dem indes, wie sich jetzt zeigt, sehr schnell eine wesentliche Steigerung folgte. Das Produktionsergebnis betrug im Jahre 1913 für alle Kohlenländer zusammen 1342 Millionen Tonnen. Diese Zahl sank auf ihren tiefsten Stand, während des Krieges von 1196 Millionen Tonnen im Jahre 1915, hob sich bis 1918 auf 1351 Millionen Tonnen, ging aber 1919 noch einmal auf 1158 Millionen Tonnen zurück. Im Jahre 1920 betrug die Förderziffer wieder 1300 Millionen Tonnen. Die Produktionskrise, die als Folge des Friedensschlusses und der revolutionären Unruhen in der ganzen Welt eingetreten war und die in der niedrigen Förderziffer für 1919 ihren Ausdruck findet, ist also außerordentlich schnell überwunden worden. Wie so manche Legende, so dürfte damit auch das Märchen von der mangelhaften Arbeitsleistung der Bergleute abgetan sein. Wo die wesentlichen Ursachen des Rückganges liegen, zeigt sich daran, daß die Förderleistung am stärksten in den Ländern ist, die am längsten und am nachhaltigsten unter dem Kriege und der Kriegswirtschaft gelitten haben: in Deutschland, England und Frankreich. In allen drei Ländern liegt die Förderziffer auch heute noch unter dem Niveau von 1913. Sie betrug in 1000 Tonnen:

	1913	1920
Deutschland	190 109	140 757
Groß-Britannien	292 024	232 975
Frankreich	40 051	24 303
Bereinigte Staaten	516 060	585 541

Während sich also die Förderung in den Kohlenländern Europas wesentlich vermindert hat, hat sich die Förderziffer in den Vereinigten Staaten erheblich über den Stand von 1913 erhöht. Das zeigt deutlich, daß die Schuld an dem Rückgang in dem Kausbau zu suchen ist, der während des Krieges in den europäischen Kohlengruben betrieben worden ist, um den gemaltigen Kriegsbedarf ohne Rücksicht auf die Zukunft zu decken. Amerika, das von diesem Fieber nicht in so hohem Maße und nicht so lange Zeit heimgesucht worden war, hat sich viel schneller erholt. Der Anteil Amerikas ist gegenüber 1913 von 38,5 auf 45,0 Prozent gestiegen, während der Anteil Deutschlands von 14,2 auf 10,8 Prozent, der Englands von 21,8 auf 17,9 Prozent gesunken ist. Das bedeutet für Amerika ein dauerndes Uebergewicht auf dem Kohlenmarkt, das nicht ohne Einfluß bleiben wird auf die Zusammenhänge der Weltwirtschaft überhaupt.

## Die Entwicklung der Warenpreise im Großhandel

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in ihrem Handelssteil allmonatlich eine statistische Uebersicht über die Großhandelspreise bestimmter Waren, die sie in vier Gruppen einteilt: 1. Lebensmittel, 2. Textilien und Leder, 3. Mineralien, 4. Verschleißbares. Die jüngste Preisfeststellung vom 2. Juli zeigt eine neuerliche Steigerung, die sich aus folgender Tabelle ergibt:

	Gruppe I Lebensmittel u. d. d. d.	Gruppe II Textilien, Leder u. d. d.	Gruppe III Mineralien u. d. d.	Gruppe IV Verschleißbares u. d. d.	Gesamt- index
Friedensindex	11,38	3,87	7,15	12,0	8,23
1. Januar 1920	100	100	100	100	100
1. Februar	119	102	145	122	131
1. März	128	108	162	147	147
1. April	133	101	135	170	146
1. Mai	134	101	135	170	146
1. Juni	138	101	135	170	146
1. Juli	146	98	111	187	134
1. August	149	97	112	184	141
1. September	150	103	118	193	144
1. Oktober	153	106	124	191	146
1. November	165	111	120	199	152
1. Dezember	177	99	117	198	153
8. Januar 1921	154	97	120	199	149
8. Februar 1921	144	82	113	183	136
8. März	137	87	111	182	131
8. April	136	79	115	180	130,1
7. Mai	133	78	112	174	131,8
4. Juni	127	70	109	171,4	127
2. Juli	144,5	79	118,3	190,6	126,4

Nur in Gruppe 4 ist im letzten Monat eine leichte Preissteigerung zu verzeichnen, die jedoch gegen die Preisrückgänge in den an-

der Hand des anderen. Der andere weiß uns einen Teil unseres Produktes zu als Lohn, das Mehrprodukt, den Mehrwert, haßt er selbst für sich auf. Wir sind Biene, bauen Stöcke und sammeln Honig. Aber wir sind nicht die Eigentümer der Stöcke, sondern nur Mieter, gebildete Fremde, und von dem Honig, den wir schon erarbeitet haben, müssen wir Tropfen zurückkaufen um neue Arbeit. Mehrarbeit und Mehrwert werden erst verschwinden mit dem Ende der Klassenherrschaft, mit der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse, die die Befreiung der ganzen Menschheit bedeutet. Dazu gehört aber, daß das Proletariat das Geheimnis von Mehrarbeit und Mehrwert durchschaut. Und einen ausgezeichneten Helfer findet es dafür in dieser Broschüre von Renner.

**Kabindranath Tagore: Sabhana, der Weg zur Vollendung.** 222 Seiten. Preis 12 M. Kurt Wolff Verlag, München.

Von Kabindranath Tagore hat man in Deutschland erst gehört, als ihn wenige Jahre vor dem Kriege der Nobelpreis erreichte. Seitdem ist Tagore in Mode gekommen, und heute begehrten sich die „Gebildeten“ an seinen Werken etwa ebenso, wie ehemals an Nietzsche. Jetzt ist allerdings nicht mehr der Uebermensch die Sehnsucht dieser Kreise, sondern man läßt sich von den Wäldern Indiens und von den Ufern des Ganges und von den Lehren der brahminischen Weisen erzählen. In einem der für Deutschland neuesten Werke Tagores: Sabhana, der Weg zur Vollendung, zieht der Dichter-Philosoph die Quintessenz aus den großen religiösen Schriften Indiens. Die indische Kultur ist ein Produkt der indischen Natur, und dadurch konnte dort, so sagt der Dichter, nicht der Wunsch entstehen, zu erwerben und das Erworbene mit Manern abzugrenzen, sondern die Welt und der Mensch wurden als „eine große Wahrheit“ erfasst. Nach den indischen Religionsauffassungen soll der Mensch die Erlösung in seinem Innern suchen, und nicht nach den Schätzen der Welt greifen. So werden die wirklichen Verhältnisse des Lebens verneint, der Blick soll sich auf eine übersinnliche Welt richten, der Körper abgetötet werden, damit er reif für die „Freude“ und für die „Wahrheit“ werde, damit die Seele in Brahma aufgehen könne.

Das Buch enthält manches Schöne, und soweit es das menschliche Gemeinschaftsgefühl und die allumfassende Liebe der Natur schildert, kann es auch von uns mit Nutzen gelesen werden. Aber der Proletarier weiß, daß er die Harmonie in seinem Innern nicht finden kann, solange er in die kapitalistische Fron eingesperrt ist. Das Elend des Arbeiterlebens innerhalb einer Welt des Luxus läßt die Flucht in ein übersinnliches Reich der Schönheit nicht zu. Erst wenn die materiellen Bedingungen der Schönheit nicht zu. Erst wenn die materiellen Bedingungen nach den Geboten des Sozialismus geändert sein werden, wird die Arbeiterklasse die Möglichkeit gewinnen, eine höhere Kultur aufzubauen und ein menschliches, also ein wahrhaft natürliches, Leben zu führen.

den Gruppen garnicht ins Gewicht fällt. Die Presse in der Gruppe Lebensmittel waren insbesondere durch die teureren neuen Kartoffeln nach oben hin beeinflusst.

**Das Kennwertgesetz.** Der Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrats nahm in seiner Sitzung am 7. d. M. zu dem Entwurf eines Kennwertgesetzes Stellung. Der Entwurf beabsichtigt, die sich bei Pferde Rennen betrieblende Wettlosgewinnsteuerlich nutzbar zu machen. Nach längerer Erörterung entschied der Ausschuss grundsätzlich, daß an eine allgemeine Konzessionierung des Glücksspiels nicht gedacht werden könne. Der Konzessionierung der Buchmacher und ihrer Heranziehung zur Besteuerung wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

**Die Pariser Senatsausschüsse über den französisch-chinesischen Bankrott.** Die vereinigten Senatsausschüsse haben sich schließl. auch mit der Frage der „Banque Industrielle de Chine“ befaßt. Die Mehrheit der Redner anerkannte, daß es notwendig sei, alle Bemühungen zur Wiederherstellung der Bank vorzunehmen. Briand erklärte im Verlauf dieser Aussprache, es sei ihm nicht möglich, die Bilanz der chinesischen Bank bekanntzugeben. Die Passiven belaufen sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 500 Millionen Franken.

## Die beleidigten Etappenhelden

### „Etappe Gent“ vor Gericht

Der Redakteur Heinrich Wandt, Verfasser des Buches „Etappe Gent“, in dem er das Schlemmen und Liebesleben der Etappenoffiziere (in der Soldatenprache „Etappenbullen“), während der gleichen Zeit Millionen von Menschenleben im Blut und Dred an der Front zugrunde gingen, an den Pranger stellt, war am gestrigen Donnerstag vor die Strafkammer zitiert, um sich wegen angeblicher Beleidigung dreier Etappenhauptlinge zu verantworten. Die Beleidigung des Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Bahn, die sich beleidigt fühlenden Offiziere, Heeresanwalt Dr. Autenrieth, Urm. Kriegsgerichtsrat Didmann und General d. Inf. E. von Schickus u. Neuborf, waren als Nebenkläger zugelassen. Die Beleidigungen sollen in Artikeln in der Spitzmarke „Etappe Gent“, die in der „Freien Presse“ veröffentlicht wurden, enthalten sein.

Der Angeklagte warf in diesen Artikeln dem Heeresanwalt Dr. Autenrieth vor, daß er gegen Soldaten außerordentlich strenge gewesen sei und sie in unsittigster Weise beschimpft habe. Zu gleicher Zeit habe er aber in den Armen belagerten Mädchen, die unter Abgabe von Eheversprechen, trotzdem er verheiratet ist, seiner Sinnlichkeit voll die Fänge schiefen lassen. Für den damaligen Kriegsgerichtsrat sei die grauenvolle Blutorgie des Weltkrieges wohl die schönste Zeit seines Lebens gewesen, in der er aber auch allen Genüssen fröhnen konnte. Das dankbare Vaterland habe ihn auch deswegen mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Dr. Autenrieth habe des weiteren die Untersuchung gegen einen Schieber-Feldwebel nicht einwandfrei geführt, weil sonst schiebende Offiziere der Etappe Gent bloßgestellt worden wären. Während Unteroffizieren und Mannschaften der Briefpost mit Belgiern wegen Spionagegefahr verboten war (der Herr Kriegsgerichtsrat Autenrieth hätte solche Sünden verb. an die Hammelbeine“ gefaßt), korrespondierte Herr Autenrieth in jätlichster Weise mit seinen Kriegesheerfrauen. Dafür hatte der Kriegsgerichtsrat seinen Burschen als „postillon d'amour“ und übrigens, wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Im sogenannten „Café Autenrieths“, einem Bordell in Kortrijk, hätten den Herrn Kriegsgerichtsrat des öfteren ganz gewöhnliche „Ceis“ im trauten tête-à-tête mit seiner nackten Kriegsfrau Claire oder ihrer Schwester auf dem Sofa sitzen sehen, wobei er mit seinen gepflegten Händen allerlei distrete Manipulationen und Massagen ausgeführt habe.

Von dem Kriegsgerichtsrat Didmann behauptet der Angeklagte, daß er ein Menschenfeind reinsten Wassers gewesen sei. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte jeder Soldat, der eine schlechte Ehrenbezeugung machte, erschossen werden müssen. Offiziere jedoch, die einen Mann niedergeschossen hätten, mühten mit dem E. K. I. ausgezeichnet werden. Didmann sei ein pathologisches Rästel und von Offizieren und Mannschaften der „verrückte Kriegsgerichtsrat“ genannt worden. Auf einige Etappeninspektoren habe der Kriegsgerichtsrat einen unbesonnenen Einfluß ausgeübt und schärfere Strafen — in zwei Fällen Todesstrafen — gegen Soldaten durchgesetzt. Gegenüber dem Manneswort vor der Fehde der Kriegsgerichte, habe der Kriegsgerichtsrat jedoch eine lächerliche Furcht vor Einbrechern und Fliegerangriffen an den Tag gelegt. Abends vor dem Schlafengehen habe er mit entschärfter Pistole und Degen alle Winkel des Hauses durchsucht und bei Fliegerangriffen habe er zitternd und bebend sich stundenlang im Keller versteckt. Der Vorsitzende meinte bei der Verhandlung, daß es doch keine Freigebit gewesen sei, wäh-

rend eines Fliegerangriffes in den Keller zu gehen, worauf ihm der Verteidiger prompt antwortete, daß ein Offizier auch im Keller Haltung bewahren müsse und sich nicht zitternd verstecken dürfe.

Dem General v. Schickus wirft der Angeklagte vor, daß er sich von Didmann habe beeinflussen lassen und sich durch Nichtanerkennung von Urteilen der Rechtsbeugung schuldig gemacht habe. In einem Falle, in dem ein einwandfrei nachgewiesen werden konnte — ein Feldwebel hatte einen ihm malträtierten Leutnant im Affekt niedergeschossen —, daß Totschlag vorlag, habe er das Urteil solange nicht bestätigt, bis ein entsprechend zusammengesetztes Gericht das Todesurteil ausgesprochen, das auch durch Erschießen des Feldwebels vollzogen wurde, nachdem der nach Holland ausgerückte Feldwebel das Begnadigungsgesuch abgelehnt hatte.

Bei der Verhandlung hatte der Angeklagte neben seinem Verteidiger Platz genommen. Das paßte einem Zeugen nicht. Er gehörte seiner Ansicht nach auf die Anklagebank. Auf die Frage des Angeklagten, ob vor dem Gerichte alle Menschen gleich seien, was der Vorsitzende bejahte, führte er aus, daß er es dann nicht verstehen könne, daß ein Prinz Cittel Schieberich sich zu seinem Verteidiger sehen könne und ihm das verweigert würde.

Nach Verlesung der die angebliche Beleidigung enthaltenden Artikel, stellte der Angeklagte eine ganze Anzahl von Beweisanträgen. Durch Ladung von Zeugen und der belagerten Mädchen will der Angeklagte den Wahrheitsbeweis antreten. Der Staatsanwalt forderte die Ablehnung der Beweisanträge. Das Gericht würde die Schilderung der Liebesgenüsse des Heeresanwaltes Dr. Autenrieth als wahr unterstellen.

### Der mutige Kriegsgerichtsrat

Kriegsgerichtsrat Didmann führte aus, daß er nicht feige gewesen sei. Abends habe er nur so von der Seite unter das Bett gekriecht, ob niemand daranter läge. Vor Fliegerangriffen sei er nicht in den Keller gekrochen, sondern nur, um das Gas abzusaugen. (Der Herr Kriegsgerichtsrat war wohl sehr darauf bedacht, daß kein Bursche nicht zuviel Arbeit hatte?) Bei Fliegerangriffen habe er sich stets gefreut, daß er im Bett liegen konnte, während die Fliegerabwehrbatterien schießen mußten! —

Auch Dr. Autenrieth, seines Zeichens Heeresanwalt, will die Beweisanträge abgelehnt sehen, besonders die Ladung der belagerten Zeuginnen.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, warum solche Intimitäten veröffentlicht würden, erwiderte der Angeklagte, daß es ihm darauf angekommen sei, die ungeheuren Schlemereien und die Lotterwirtschaft hinter der Front aufzuklären, während zu gleicher Zeit Tausende von Soldaten verfehrt wurden und die in der Heimat Verbliebenen Not und Entbehrung zu tragen hatten. Er wollte diesen Patrioten, die sich dann bei Ausbruch der Revolution feige verhalten hätten und unter Zurücklassung von wichtigen Aften, z. B. des Kriegsplanes gegen Holland, geflüchtet wären, die Masken vom Gesicht reißen. Für die Kosten dieser Etappeninspektoren müsse auch er, der Angeklagte, hohe Steuern zahlen.

Nach längerer Beratung erkennt das Gericht sämtliche Beweisanträge an. Die Verhandlung wurde hierauf bis nach den Ferien vertagt.

## Groß-Berlin

### Deutschnationaler Schwindel

Am der sozialistischen Mehrheit der Stadtverwaltung etwas anhängen zu können, scheuen die Deutschnationalen vor keiner Entstellung und Lüge zurück. Ein charakteristisches Beispiel dafür gibt ein Flugblatt, das die Deutschnationalen kürzlich im 19. Stadtbezirk verbreitet haben. In diesem Flugblatt wird der Stadtgemeinde Berlin ihre Schuldenwirtschaft vorgeworfen und dafür ihr Streben nach Kommunalkriegsverantwortung gemacht. Das heißt es:

„Man hat begonnen mit dem Theater, denn ein großer Teil der Verwaltungskosten der „Volksbühne“ ist auf den Steuerfädel der Einwohner abgewälzt.“

Es wäre an sich gewiß nichts schlimmes, wenn die Stadt Berlin sich bereit gefunden hätte, einem kulturell und sozial so wichtigen Unternehmen wie der Volksbühne mit ihren 160 000 Mitgliedern aus allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Volksbühne die Vorstellungen ihren Mitgliedern zu einem möglichst geringen Preise überlassen kann. Tatsächlich ist aber an der Behauptung des deutschnationalen Flugblattes nicht ein wahres Wort. Die Stadt Berlin hat zu den Verwaltungskosten der Volksbühne noch nie einen Pfennig zugeschossen und wird das auch in Zukunft nicht tun. Alles, was die Stadt Berlin bisher im Interesse der Volksbühne unternommen hat, war, daß sie vor dem Kriege beim Bau des Theaters am Bülowplatz ein hypothekarisch sichergestelltes Darlehen von 1 1/2 Millionen Mark gab, das seither regelmäßig von der Volksbühne mit 4 1/2 Prozent verzinst wurde, und daß die Stadtverwaltung nunmehr beschlossen hat, für ein anderes Darlehen der Volksbühne, das diese zum Umbau der ehemaligen Krolloper benötigt, eine Bürgschaft zu übernehmen. Wohl verstanden, die Stadt gibt in diesem Fall keinen Pfennig als Darlehen, sondern die Volksbühne erhält das Geld gegen hypothekarische Sicherstellung von einer großen Privatbank. Für seine Rückzahlung haftet in erster Linie die Volksbühne selbst mit ihrem Besitz, dem Theater am Bülowplatz. Die Bürgschaft der Stadt bedeutet für die Bank nur eine Verstärkung der Sicherheit, die kaum je in Anspruch genommen werden wird.

Wenn die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sich zur Übernahme der Bürgschaft bereitfinden, so war das ein Minimum von Entgegenkommen an die Volksbühne, die bekanntlich als gemeinnütziges Unternehmen ohne alle Gewinnabsichten arbeitet und durch ihre Veranstaltung billiger Theateraufführungen zu einem Einheitspreis für alle Besucher eine Aufgabe erfüllt, die man sehr wohl als Aufgabe der Stadt selbst bezeichnen könnte. Der deutschnationale Schwindel richtet sich selbst.

### Korruption beim Zehlendorfer Wohnungsausschuß

Durch eine am Donnerstag vor dem Lichtersfelder Schöffengericht stattgefundene Verhandlung, in der sich der Verlagsbuchhändler Raucher wegen angeblicher Beleidigung und verächtlicher Kränkung des Leiters des Wohnungsausschusses, Geheimrat Dr. Kraus, zu verantworten hatte, konnte festgestellt werden, daß der Wohnungsausschuß in Zehlendorf mehr als sonderbare Praktiken üblich sind.

Raucher hatte seine Wohnung im Jahre 1918 verloren und war von der Gemeinde provisorisch in zwei Zimmern des ehemaligen Soldatenheims untergebracht worden, wo er mit seinem leibschöpfigen Haushalt in leuchtend roten Räumen hausen mußte. Aus dem Provisorium wurden drei Jahre. In dieser Zeit bemühte sich der Angeklagte vergeblich, eine Wohnung zu erhalten. Erbittert über diese Behandlung, brachte er im Frühjahr dieses Jahres im Schaufenster seines Geschäfts ein Plakat an, in dem er behauptete, daß es beim Zehlendorfer Wohnungsausschuß eine unregelmäßig zuging und daß er und seine Familie nur deshalb so schlecht untergebracht seien, weil sie rückständig genug seien, zu glauben, daß man von dieser Behörde eine Wohnung ohne Winkelsäge bekommen könne. Ferner hat Raucher in einem Schreiben an den Gemeindevorstand die Fortsetzung aufgestellt, daß Geheimrat Kraus sein Amt bis zum 1. März dieses Jahres niederlegte, andernfalls würde er überall Flugblätter mit der Aufforderung zur Selbsthilfe unter der Bevölkerung verbreiten lassen.

Als erster Zeuge erklärte Geheimrat Kraus, daß er den Vorwurf von Unregelmäßigkeiten ablehne. Seine Beamten

## Kleine Chronik

Franz Jung hat in der Unterhaltung neue Romane geschrieben, die unter dem Titel „Joe Frank illustriert die Welt“ im Verlag der Wochenschrift „Die Aktion“ erschienen sind. Jung beweist darin von neuem, daß er ein begabter, phantastischer Erzähler ist. Preis des Buches 5 M.

Im Auftrage des Ministeriums für Volkswohlfahrt haben Prof. Dr. A. Loewy und Prof. Dr. Georg Meier eine kleine Broschüre „Badehygiene und Rettung bei Ertrinkungsgefahr“ herausgegeben. Das Heftchen ist 31 Seiten stark und enthält 17 Abbildungen. Gerade die Sommerzeit wird es für viele wertvoll machen. Preis 2,60 M. Verlag Richard Schoch, Berlin SW. 48.

Der Verlag Ed. Behr, Riga, kündigt das Erscheinen eines Adreßbuches von Lettland an, das auch für politische Kreise von Bedeutung sein dürfte.

## Zeitschriftenschau

Eine Zeitschrift, die regelmäßige Berichte von Arbeiterbildungsstellen und Arbeiterbildungsbestrebungen bringt, die Neuerscheinungen sorgfältig sichtet und gewissenhaft bespricht, ist der vom Genossen Gustav Hennig geleitete „Bibliothek“. Er erscheint jährlich im Umfang von 12 Bogen. Das Jahresabonnement kostet 8 M. Die Besprechungen sind im allgemeinen recht gut; der literarische Standpunkt ist aber etwas altmodisch und farblos. Die Zeitschrift bringt auch Artikel, z. B. über Napoleon oder über den Buddhismus, in denen die einschlägige Literatur zusammengefaßt und gewertet wird. Bibliographisch reicht die Zeitschrift leider an ein Organ wie das „Literarische Echo“ (Verlag Eg. Fleischer u. Co., Berlin) nicht heran. Das ist um so mehr zu bedauern, als das „Literarische Echo“ die für die Arbeiterklasse wichtige Literatur wenig berücksichtigt.

## Neuerscheinungen

### Eine Auswahl

- E. Kuffner:** Die Fortführung der Arbeiterbewegung (Rechtswissenschaftliche). Heft 11 der Schriften des Bundes der technischen Arbeiter und Beamten. Kuffner gehalten auf dem 2. arbeitsl. Bundeskongress der technischen Arbeiter und Beamten. Inhabilitations-Vortrag G. m. v. d. Berlin SW. 48. 21. Seiten. Preis 2,20 M., für Mitglieder des Verbandes 1,50 M. einzl. Vert.
- Kell:** Die Revolution: Revolutionen. Deutsch von Eise von Polster. Mit zahlreichen Bildern nach zeitgenössischen Stichen und einem Nachwort von Kurt Kerben. 23. Heft, gebunden 32 M. Superlativ-Verlag, Berlin SW. 48.
- Weg:** Der Hölzling. Roman. 127 Seiten. 12 M. Gedon Alexander Verlag.
- Schiller:** Der Kranke Hölderlin. Urkunden und Dichtungen aus der Zeit seiner Krankheit. Herausgegeben von Erich Trunzler. 127 Seiten. D. C. Necht, Verlag, München.
- G. Lorenz:** Taktik und Arbeiterkampf. Nr. 8 der Reihe „Probleme der proletarischen Revolution“. 24 Seiten. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien.
- Prof. Dr. S. Berner:** Kann aus Frankreich ein Vorbild sein? Ein Versuch zu einer geschichtlichen Würdigung unserer Nachbarschaft. 21 Seiten. 2 M. Selbstverlag des Verfassers, Kapuziner bei Bergpark in Wolf.



